

Herr Strausfeld möchte wissen, ob

1. es eine schriftliche Reaktion der Bezirksregierung auf den Bürgerentscheid gebe
2. der Verwaltung ein schriftlicher Bürgerantrag zum Thema Marktplatz vorliege.

Der Bürgermeister beantwortet beide Fragen mit nein.

Herr Strausfeld beantragt daraufhin für die CDU-Fraktion, dass die Verwaltung die im Laufe des Abstimmungsverfahrens von der Bürgerinitiative veröffentlichte Planungsskizze bei der Bezirksregierung einreicht mit der Bitte um Vorprüfung und schriftliche Stellungnahme, ob eine solche Planung förderfähig wäre. Ggf. sei es hierzu sei es notwendig, dass sich die Verwaltung mit der Bürgerinitiative zuvor in Verbindung setzt. Über das Ergebnis ist in der September-Sitzung des Rates zu berichten.

Herrn Meeser ist der Antrag unverständlich. Es sei überhaupt nicht absehbar, welche möglichen Planungskosten auf die Gemeinde zukämen. Zudem sei nicht klar, wie eine solche Planung mit welchen Materialien umgesetzt werden soll. Zudem gebe es doch bereits eine klare Aussage der Bezirksregierung, dass eine Förderfähigkeit bei der Nutzung als Parkplatz nicht gegeben sei.

Frau Droppelmann bittet darauf zu achten, dass keine Urheberrechte verletzt werden.

Der Bürgermeister und Herr Strausfeld stellen klar, dass der Antrag so zu verstehen sei, zunächst eine „Skizze“ einzureichen, um Klarheit zu schaffen. Von einer Detailplanung sei jetzt keine Rede. Man wolle lediglich zum jetzigen Zeitpunkt eine schriftliche Aussage der Bezirksregierung, ob dies überhaupt so förderfähig wäre.

Frau Straßek-Knipp erklärt, dass eine schriftliche Aussage der Bezirksregierung zur fehlenden Förderfähigkeit bei Parkplatznutzung zwar nicht vorliege, dies aber mündlich hier vor Ort klar geäußert wurde. Insofern sei es eine gute Idee, die Aussage schriftlich einzufordern.

Herr Thienel sieht die Gefahr einer Bindungs- bzw. Signalwirkung bei einem positiven Bescheid der Bezirksregierung. Er verweist auf den Gestaltungsbeschluss des Rates und die eindeutige SPD-Aussage, dass auf dem Marktplatz keine Parkplätze gewünscht seien.

Auf Frage von Herrn Moreira bestätigt der Bürgermeister noch einmal, dass bisher kein Planungsantrag der BI bei der Verwaltung eingegangen sei. Es unterstützt die Aussage der BfE. Seiner Meinung nach müsse zur weiteren Beschlussfassung erst einmal ein Antrag der BI vorliegen. Außerdem verweist er auf die Beschlusslage, wonach ein autofreier Markt gewollt sei.

Herr Liene erklärt, dass der CDU-Antrag einen gewissen Charme hat. Einerseits könne man testen, ob eine Förderfähigkeit denkbar wäre, andererseits zeige man so der BI, dass man den Vorschlag auch ernst nehme. Innerhalb der Fraktion habe man sich knapp mehrheitlich dafür entschieden, dass die Verwaltung erst mit der Bezirksregierung das Gespräch sucht mit Blick auf eine rechtliche Bewertung des Bürgerentscheids und im Anschluss zum weiteren Vorgehen.

Herr Strausfeld geht kurz auf die Aussage von Herrn Thienel ein. Es gehe überhaupt nicht darum, Parkplätze zu wollen, sondern darum, eine klare Aussage der Bezirksregierung zu erhalten. Dieser Vorgang bedeute aber immer noch nicht, dass auch so geplant würde.

Herr Meeser verweist noch einmal auf die bestehenden Beschlusslagen durch Ratsbeschluss vom Dezember und das Ergebnis des Bürgerentscheids. Die Gestaltung sei beschlossene Sache. Beim Bürgerentscheid sei es nur um die Parkplätze gegangen. Insofern könne man doch jetzt gar nichts ändern.

Der Bürgermeister widerspricht dem. Theoretisch sei ja durchaus denkbar, dass in der Mitte die Parkplätze erhalten blieben, alles andere aber neu gestaltet wird. Dies würde ja dem Ergebnis des Bürgerentscheids nicht widersprechen. Ratsbeschluss vom Dezember und Ergebnis Bürgerentscheid würden sich im Grunde ausschließen. Nun gelte es, damit umzugehen. Einfach sei dies nicht zu lösen.

Herr Thienel hält es für eine Selbstverständlichkeit, dass Behörden untereinander kommunizieren und im Bedarfsfall schriftlich nachfragen. Insofern sei ein Ratsbeschluss entbehrlich.

Herr Strausfeld hält es für unproblematisch, die Verwaltung mit der Prüfung zu beauftragen.

Herr Bellinghausen stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Rednerliste.

Der Bürgermeister stellt keine Gegenrede fest.

Beschluss:

Nr. XIV/33/

Dem Antrag auf Ende der Rednerliste wird entsprochen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Nach Aufruf der verbleibenden Wortmeldungen lässt der Bürgermeister über den CDU-Antrag und die Feststellung des Ergebnisses abstimmen.